

Maisanbau und Biogas kritisch hinterfragt

Tetenbüll



Klaus Dürkop

Foto: wis

„Der ursprüngliche Ansatz für die Entwicklung der Biogaswirtschaft war die Nutzung von Reststoffen und Tierdung“, erklärte Klaus Dürkop, ehemals Landesnaturschutzbeauftragter in Schleswig-Holstein, auf einer Veranstaltung des Eiderstedter Forums zum Thema Biogas. Stattdessen, so Dürkop weiter, habe man landauf, landab auf Mais gesetzt und das erweise sich immer mehr als problematisch: „Es wird dafür ein zusätzlicher Bedarf an Energie benötigt, durch den Einsatz von Maschinen, Dünger und Pflanzenschutzmitteln.“ Außerdem sei die Energieeffizienz verglichen mit anderen Formen erneuerbarer Energien vergleichsweise gering. Und Boden sei – anders als Sonne und Wind – nur begrenzt vorhanden und nutzbar, so Dürkop. Weitere Nachteile seien die Belastungen von Straßen und Wegen durch schwere Erntefahrzeuge und die Belästigung der Landbewohner durch Lärm. Der verstärkte Anbau von Mais und der dadurch entstehende Lebensraumverlust für viele Tier- und Pflanzenarten habe in den vergangenen 50 Jahren dazu geführt, dass „zwölf Prozent der Vogelarten, 23 Prozent der Säugetierarten und 32 Prozent der Amphibienarten vom Aussterben bedroht sind“, stellte Dürkop fest.

„Die Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle“, betonte der Vortragende. „Sie hat lange Zeit zur Erhaltung und Schaffung neuer Lebensräume für viele Arten beigetragen – bis ins 20. Jahrhundert hinein entwickelte sich ein reich strukturierter Lebensraum.“ Jedoch: „Heute ist die Landwirtschaft durch Intensivierung und Industrialisierung immer mehr zu einem Hauptfaktor der Gefährdung der

Artenvielfalt geworden.“ Klaus Dürkop appellierte deswegen an die Landwirte und Politiker, sich „der besonderen Verantwortung zu stellen“, denn der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen dürfe nicht zu Lasten von Natur, Landschaft und Umwelt erfolgen.

In der anschließenden Diskussion sagte Hans Friedrichsen, Vorsitzender des Kreisbauernverbands Husum-Eiderstedt: „Wir müssen jetzt mit den Anlagen leben, wir sind der Politik gefolgt und haben die Rahmenbedingungen ausgeschöpft. Für den Naturschutz können wir kaum noch Flächen zur Verfügung stellen, wenn wir die Hauptidealbauern nicht in die Bredouille bringen wollen. Was wir brauchen, ist eine ökonomische Betrachtungsweise des Naturschutzes.“

Ein Öko-Bauer fand sich auf einer „Gratwanderung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz“ und meinte: „Wir sollten uns organisieren und gemeinsam gegenüber der Politik auftreten.“ Ein Milchbauer dagegen stellte fest, dass sich „unsere Landwirtschaft verändert hat, aber das war schon immer so. Wenn man gegen alles ist, muss man sich nicht wundern, wenn die Leute weggehen“. Ein Vertreter einer Bürgerinitiative gegen Biogas aus der Eider-Treene-Sorge-Region rief die nahezu 100 Anwesenden auf: „Tut euch zusammen, alleine erreicht ihr nichts. Auch wenn versucht wird, die Bürgerinitiativen klein zu halten.“ Klaus Dürkop verwies auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. „In Artikel 20 geht es um den ‚Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen‘, und Eigentum soll dem ‚Wohle der Allgemeinheit‘ dienen (Artikel 14). Der Steuerzahler wird in Zukunft nur noch für eine Landwirtschaft aufkommen, die relevante Leistungen für die Gesellschaft erbringt“, postulierte Dürkop. Und Beate Leibbrandt, Sprecherin des Eiderstedter Forums, stellte abschließend fest: „Es wäre schön, wenn der Bürger, der das ja alles finanziert, mit auf der Rechnung der Politiker wäre. Denn die Landwirte haben eine Lobby, die anderen nicht.“

wis